

Paibacher Zeitung.



Nr. 60.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganz.
R. 11, halbj. R. 5-50. Für die Zustellung ins Haus
halbj. 60 fr. Mit der Post ganz. R. 16, halbj. 7-50.

Samstag, 13. März.

Insertionsgebühr: Für kleine Inserate bis zu
4 Zeilen 25 fr., größere per Zeile 6 fr.; bei öfteren
Wiederholungen per Zeile 3 fr.

1880.

Ämtlicher Theil.

Der Justizminister hat den Bezirksrichter Franz Strauß über sein Ansuchen von Kottenmann nach Bilsch verjezt.

Der Justizminister hat den Bezirksrichter Franz Beharz von Windischgraz nach Reifnitz verjezt und den Bezirksgerichtsadjuncten in Warburg r. D.-U. Dr. Carl Paauer zum Bezirksrichter in Oberlaibach ernannt.

Der Justizminister hat den Staatsanwalts-Substituten Heinrich Freiherrn von Hohenbühel, genannt Heusler zu Rasen, über sein Ansuchen von Rovigno nach Trieste verjezt und den Bezirksgerichtsadjuncten in Witterburg Heinrich Crufiz zum Staatsanwalts-Substituten in Rovigno ernannt.

Der Justizminister hat den Bezirksgerichtsadjuncten im Sprengel des k. k. Landesgerichtes Oberlandesgerichtes Eduard Ruhačević zum Bezirksgerichtsadjuncten in Pismo ernannt.

Erkenntnisse.

Das k. k. Landesgericht als Strafgericht in Prag hat auf Antrag der k. k. Staatsanwaltschaft mit dem Erkenntnis vom 1. März 1880, Z. 4779, die Weiterverbreitung der in London erscheinenden Zeitschrift „Freiheit“ Nr. 6 vom 7. Februar 1880 wegen der Artikel „Wie es kommen dürfte“, „Junge Götter — alte Götter“, „London“ und „Rußland“, nach § 305 St. G. verboten.

Das k. k. Landesgericht als Pressgericht in Klagenfurt hat auf Antrag der k. k. Staatsanwaltschaft mit dem Erkenntnis vom 2. März 1880, Z. 1921, die Weiterverbreitung der Zeitschrift „Der österreichische Protestant“ Nr. 4 vom 25. Februar 1880 wegen des Artikels „Die Siebzigkeiten der Evangelischen an katholische Pfarrer und Messner“, beginnend mit „Die betreffenden evangelischen Glaubensgenossen“, nach den §§ 305 und 300 St. G., wegen des Artikels „Esefrüchte“, beginnend mit „Die Censur fördert nichts“, nach § 300 St. G., dann wegen des Artikels „Petition der evangelischen Gemeinden A. C. in Wien“ ob des § 111 des allg. bgl. Gesetzbuches, nach den §§ 300 und 302 St. G. verboten.

Nichtamtlicher Theil.

Zur parlamentarischen Situation.

Drei Angelegenheiten ganz oder theilweise wirtschaftlicher Natur beherrschen im gegenwärtigen Augenblicke die parlamentarische Discussion: Die Wucherfrage, der Legalisierungszwang und die Secundärbahnen. Die Regierung hat mit den bezüglichen Gesetzentwürfen einen allgemein gefühlten

Bedürfnisse Rechnung getragen. Leider haben die Ausschüsse des Abgeordnetenhauses derartige Veränderungen an den Regierungsentwürfen vorgenommen, daß dadurch das Zustandekommen der Gesetze empfindlich verzögert wird. Nur beim Secundärbahnen-Gesetze war der Ausschuss, beziehungsweise dessen Referent Dr. Nieger, einsichtig genug, die beantragten principiellen Änderungen der Regierungsvorlage freiwillig wieder zurückzuziehen. Beim Legalisierungszwange dagegen beharrte die Ausschussmehrheit bei ihren abändernden Beschlüssen, und die Folge davon war, daß der ganze Gesetzentwurf nach langen, zwecklosen Debatten und Verhandlungen behufs Umarbeitung mehr im Sinne der ursprünglichen Regierungsvorlage wieder an den Ausschuss rückverwiesen werden mußte. In der Wucherfrage schließlich hat der Ausschuss eine solche Stellung angenommen, daß sich der Justizminister zu der Erklärung veranlaßt fand, die Regierung könne und werde die Vorlage in der vom Ausschusse modificierten Gestalt nicht der Allerhöchsten Sanction empfehlen.

Vom Standpunkte des Volksbedürfnisses und der Volksinteressen kann man nur tief bedauern, daß die Verathung der erwähnten drei Vorlagen einen solchen Verlauf nimmt, weil dadurch viel kostbare Zeit verloren geht. Es wird gewiß keinem vernünftigen Menschen in den Sinn kommen, den Ausschüssen des Abgeordnetenhauses das Recht streitig zu machen, an Regierungsvorlagen Änderungen vorzunehmen oder dieselben ganz und gar zu verwerfen. Was man aber füglich fordern darf, ist die Ersetzung des mangelhaften Erscheinenden durch Besseres, nicht aber durch Schlechteres oder gar absolut Undurchführbares. Wenn, wie es bei der Discussion über den Legalisierungszwang geschehen ist, der Justizminister sich zu der Bemerkung gezwungen sieht, daß er den Ausschussbericht für eine „höchst traurige Erscheinung in der Geschichte österreichischer Juristenthätigkeit“ ansehen müsse, und wenn derselbe Minister die Vorlage des Wuchergesetzes, speciell die von ihm beschlossene Wiedereinführung eines gesetzlichen Zinsmaximums, als eine der Wissenschaft und Erfahrung in gleichem Maße widersprechende Neuerung zu bezeichnen bemüht ist, deren Durchführung er nicht zu vertreten in der Lage sei: dann zeigt dies um so deutlicher, daß sich die betreffenden Ausschussmajoritäten nicht auf dem richtigen Wege befinden, als das Plenum, wie in der Legalisierungsfrage bereits geschehen ist und in der Wucherfrage ohne Zweifel auch geschehen dürfte, ganz oder theilweise auf die Regierungsvorlage zurückgreifen muß, um zu einem praktischen Resultate zu gelangen.

Es soll nicht geleugnet werden, daß beispielsweise der Legalisierungszwang keineswegs zu den populären Institutionen gehört, und daß er, namentlich für die ländliche Bevölkerung, mancherlei Härten und Unbequemlichkeiten bedingt; aber im ganzen und großen hat er sich als ein wichtiges Förderungsmittel der Rechtssicherheit bewährt, das man nicht so ohne Umstände ganz über Bord werfen kann. Die Regierung ist, wie ihre Vorlage bewiesen hat, gerne bereit, dort Erleichterungen eintreten zu lassen, wo der Legalisierungszwang am empfindlichsten ist, wie in Orten, wo sich kein Notar oder Gericht befindet, dann bei Urkunden, die auf kleinere Beträge lauten; aber sie kann unmöglich der vollständigen Beseitigung dieser Institution zustimmen, weil die Gründe, welche zu deren Einführung gedrängt haben, heute noch fortbestehen. Daß diese ihre Anschauung die richtige ist, beweist am besten die Thatsache, daß selbst viele Mitglieder der Rechten, als deren Mandatar doch die Ausschussmajorität betrachtet werden muß, für die Rückverweisung der Vorlage an den Ausschuss gestimmt und dem Grundsatz beigegeben haben, daß der Legalisierungszwang nur in jenen Ländern aufgehoben werden soll, deren Vertretungen sich hiefür aussprechen.

Auch in der Wucherfrage — so schließt das „Prager Abendblatt“ seine vorstehende Betrachtung — kann der Standpunkt der Ausschussmajorität keineswegs als mit der berechtigten öffentlichen Meinung im Einklange stehend betrachtet werden, da letztere wohl gesetzlichen Schutz gegen die wucherische Ausbeutung der Noth, des Leichtsinnes oder der Verstandesschwäche, aber nicht die Einschränkung des freien Verkehrs durch eine in der Regel kaum haltbare Zinsrate wünscht. Wenn in Galizien, wo doch die ländliche Bevölkerung noch auf einer so niedrigen Culturstufe steht und infolge dessen der Wucher größere Dimensionen angenommen hat als anderswo, die Festsetzung eines Maximalzinsfußes weder als nothwendig noch als ersprießlich erkannt wurde, wie will man eine solche Maßregel für Länder rechtfertigen, die, wie Böhmen, Mähren, Schlesien und Niederösterreich, ein so hochentwickeltes Verkehrsleben aufzuweisen haben? Wenn nun vollends durch die Aufnahme der einschlägigen Bestimmung in das Gesetz das Zustandekommen desselben in Frage gestellt wird, wie aus der Erklärung des Justizministers unzweideutig hervorgeht, welchen Sinn hat dann das Beharren auf der vorerfassten Meinung von der Ersprießlichkeit eines Zinsmaximums? Auf keinen Fall wird hiemit der Bevölkerung gedient, welche in zahlreichen Petitionen um ehestmöglichen gesetzlichen Schutz gegen das überhandnehmende Wucherumwesen gebeten hat.

Fremdleton.

Versuche zur Hebung der Rindviehzucht in Krain (von 1771 bis 1877).

Von Franz Schollmayer.

(Fortsetzung.)

1846. Im vorigen Jahre hat zum erstenmale die vorherhand auf drei Jahre von Sr. Majestät bewilligte Stierprämierungs-Modification stattgefunden. Schon in diesem ersten Jahre aber konnten im Welsberger Kreise die bestimmten drei Prämierungsbeträge à 50 fl. ob Mangels an vorgeführten preiswürdigen Thieren oder, da in den anderen Stationen ob der zu kleinen, statutenmäßig bemessenen Sprungtage die Viehzüchter die Prämie à 50 fl. gar nicht annehmen, nicht an Mann gebracht werden. Da in dem bei der Prämierungscommission vorgebracht wurden, so fand sich die Landwirtschaftsgesellschaft wieder veranlaßt, bei der k. k. Landesstelle einen Antrag auf Ermäßigung der Einhebung der ortsüblichen Sprungtage zu 10, 15, 20 kr. C. M. bewilligt werden sollte. Weiters hat mit Verordnung vom 4. September 1845, Z. 20,121, die k. k. Landesstelle die Anträge der Kreisämter bezüglich der Vermehrung der Stierprämien aus Bezirksklassenüberschüssen acceptiert, und zwar: für jene Gemeinden jenes Bezirkes, in denen sich die Ausschüsse vorfinden. (Annal. 1846, S. 7.)

1847. In der Generalversammlung am 20. Mai 1847 unter Vorsitz Sr. kaiserlichen Hoheit des Erzherzogs Johann Baptist wies der Oberkrainer Herrschaftsbefitzer Herr Franz L. Ros darauf hin, daß man mit der Emporbringung der krainischen Viehzucht viel eher zum Ziele gelangen würde, wenn man, wie es anderswo und selbst auch in einigen Gemeinden Oberkrains üblich sei, Gemeindestiere einführen würde. Derselbe sprach sich in praktischer Weise über die Beschaffungs- und Erhaltungskosten sowie auch über das nothwendige Preisgericht aus. (Annal. 1847, S. 37.)

Im verflossenen Jahre hat zum zweitemale die nach dem modificierten Antrag auf drei Jahre provisorisch bewilligte Stierprämierung stattgefunden. Ob Mangels an preiswürdigen Stieren und des Umstandes, daß einige Prämien wegen der kleinen Sprungtage gar nicht angenommen wurden, konnten nicht alle Prämien à 50 fl. angebracht werden, ferner machte unter einem das Kreisamt noch auf einige Uebelfälle bei dieser Prämierung aufmerksam, als: keine Anticipando-Prämienzahlungen, hohe Stempelauslagen, niederer bewilligte Sprungtage. Ferner wird hervorgehoben, daß aus allen Commissionsprotokollen des Landes hervorgeht, daß diese erst vor zwei Jahren modificierte Viehprämierung nicht den Erwartungen entspreche, die man sich stellte. Der Ausschuss meint, man soll versuchsweise den Antrag noch auf weitere drei Jahre machen, jedoch die Sprungtage erhöhen. (Annal. 1847, S. 9, 10.)

1848 liegt nichts vor, als daß der stürmischen Zeitverhältnisse wegen eine Vertagung eintretet. (Annal. 1849, S. 1.)

1849. Ueber Einschreiten hat das h. Ministerium mit dem Erlasse vom 17. Oktober 1848, Z. 1710, bewilligt, daß der für das verflossene Jahr bestimmte, in Krain jedoch nicht zur Vertheilung gekommene Prämienbetrag für Zuchtstiere per 600 fl. sowie die in vorigen Jahren wegen Mangels an Concurrerz preiswürdiger Thiere gleichfalls unvertheilt gebliebenen Prämienbeträge per 300 fl., daher zusammen 900 fl., zur Errichtung der Thierarzneischule und Fußbeschlags-Lehranstalt am Polanahof verwendet werden dürfen.

Unter einem stellte der permanente Ausschuss in der Sitzung vom 24. Jänner 1849 die weitere Anfrage, ob nicht die zur jährlichen Stierprämierung bestimmten, aus den Geldern der Landwirtschaftsgesellschaft (recte aus dem Landes-Ackerbaufonde) genommenen 600 fl. dieser Anstalt insoweit zugewendet werden dürfen, bis das schuldenbe Baukapital ganz abgezahlt wird und die Anstalt eine solche Stellung erlangt hat, daß sie selbst zu erhalten imstande wäre?! Dies wird dadurch begründet, daß die bisherige Erfahrung gezeigt hat, daß die zur Emporbringung der Hornviehzucht bestimmten Prämien den beabsichtigten Zweck nicht erreicht haben, da die Prämienanzahl zu klein und andererseits die Concurrerz zu gering war, so daß oft die Prämien gar nicht angebracht werden konnten. Ferner wird zur Begründung hervorgehoben, daß durch den Unterricht in dieser Schule die Hebung der Hornviehzucht viel sicherer und nachhaltiger erreicht wird, als bis jetzt durch die Stierprämierung. Durch die Verwendung dieser Gelder zur Errichtung dieser Anstalt würde nur der Titel, nicht aber der Zweck der Herausgabe

Abhilfe gegen das Wucherunwesen.

Der mit der Vorberathung des vom Abgeordneten Dr. Weber eingebrachten Gesetzentwurfes, betreffend die Zinsen und Nebenleistungen bei Creditgeschäften, und der Regierungsvorlage, betreffend die Abhilfe wider unredliche Vorgänge bei Creditgeschäften, betraute Ausschuss hat seine Beratungen beendet und legt dem Hause einen Majoritäts- und einen Minoritätsantrag vor. Die Majorität beantragt einen Gesetzentwurf, welcher die Bestimmungen der beiden genannten Entwürfe in sich vereinigt und überdies die Bestimmung des klagbaren Maximal-Zinsfußes enthält. Die Ausschussmajorität war der Ansicht, daß strafrechtliche Bestimmungen allein dem wirtschaftlichen Leben einen empfindlichen Stoß versetzen würden, indem hiedurch mit Einem Schlage dem Kapitalisten unmöglich gemacht wird, zu beurtheilen, wo das strafrechtlich verpönte Creditgeschäft anfangt. Die scharfe Grenze zwischen dem erlaubten und unerlaubten Creditgeschäfte könnte nur durch civilrechtliche Bestimmungen gezogen werden. Der Ausschuss glaubte ferner, daß die Einwendungen gegen eine feste Zinstage wegfallen, wenn zwischen den gewöhnlichen Creditgeschäften und den Handelsgeschäften ein Unterschied gemacht und die Handelsgeschäfte überhaupt von der civilrechtlichen Bestimmung rückfichtlich der Maximal-Zinstage, welche mit 10 Procent festgesetzt wird, eximiert werden.

Eine Minorität des Ausschusses schlägt dem gegenüber einen Gesetzentwurf vor, der sich lediglich auf die Normierung strafrechtlicher Bestimmungen beschränkt. Man müsse, so sagt der Minoritätsbericht, von vornherein eine scharfe Grenze ziehen zwischen dem wirtschaftlichen Verkehr unter handlungsfähigen, keiner Vormundschaft oder Curatel unterworfenen oder zu unterwerfenden Personen und zwischen der bewußten planmäßigen Ausbeutung der durch Leichtsinns, Unverstand oder zwingende Nothlage in ihrer Willensentschließung gleichsam Gebundenen. Jenen wirtschaftlichen Verkehr von Gesetzen wegen in bestimmte Schranken einzuschließen, die Zinshöhe legislativ zu fixieren, mußte als eine Unmöglichkeit anerkannt werden. Wenn es sich also lediglich darum handelt, die begrenztere Aufgabe zu lösen, so mußte von civilrechtlichen Normen überhaupt abgesehen und jenes zwischen Betrug und Erpressung gleichsam in der Mitte liegende Wucherdelict möglichst scharf präcisiert werden. Hiemit war auch von selbst gegeben, daß das Wuchergesetz für Galizien und die Bukowina, sowie die in der Wesenheit mit demselben übereinstimmende dormalige Regierungsvorlage zugrunde gelegt werden mußten. Auf diesem Wege war nebst der nicht zu unterschätzenden Continuität der Gesetzgebung auch die Möglichkeit gewonnen, die auf dem Geltungsgebiete jener Normen gemachten Erfahrungen zu benützen. Den amtlichen Erhebungen sowie den Mittheilungen der Abgeordneten aus Galizien und der Bukowina zufolge hat das Gesetz im ganzen und großen günstige Wirkungen geübt, es ist jedoch der eine allerdings schwerwiegende Uebelstand zutage getreten, daß auch redliche Kapitalisten sich häufig von der Creditgewährung ferngehalten haben, weil der Mangel einer präcisen Bezeichnung der Grenzen, über welche hinaus allein das Wucherdelict statthaben könne, die Beforgnis möglicher Verührung mit dem Strafgerichte auch dort, wo keine Ausbeutung beabsichtigt war, wachrufen mußte. In dieser Richtung allein erschien demnach die Angabe einer Zinsgrenze zulässig und ersprießlich, lediglich in jenem rein negativen Sinne, daß, insofern diese letztere nicht überschritten

sei und sohin nebst der Ueberschreitung die Thatbestandsmomente der wucherlichen Ausbeutung vorliegen, von einer strafbaren Handlung nicht die Rede sein könne.

Der Kampf um das französische Unterrichtsgesetz.

Die vom französischen Senate beschlossene Ablehnung des vielbesprochenen § 7 des Ferry'schen Unterrichtsgesetzentwurfes hat im Abgeordnetenhaus selbstverständlich große Aufregung hervorgerufen. Die Clubs berathen bereits über ihr ferneres Vorgehen. Am 10. d. traten die Bureaux der Linken zusammen und beschloßen, daß ein Amendement des Artikels unzulässig und derselbe als das einzig annehmbare Minimum zu betrachten sei, nach dessen endgültiger Ablehnung in der Kammer sofort die Interpellation über die Anwendung der bestehenden Gesetze gegen die Jesuiten eingebracht werden soll. Der Senat sieht sich also vor die Entscheidung gestellt, ob er einfach capitulieren will oder nicht, eine Lösung, die sehr unpraktisch scheint. — Ueber die sensationelle Sitzung des Senats vom 9. d. M., in der die mit Spannung erwartete Abstimmung über den § 7 erfolgte, liegt folgender Bericht vor.

„Zunächst bestieg der Conseilpräsident Freycinet die Rednerbühne mit der Erklärung, er ergreife nach den in der Berathung des Gesetzes für den höheren Unterricht gehaltenen langen Reden bloß das Wort, um die Ansicht der Regierung über diese Streitfrage zu entwickeln; denn selbst nach den berechneten Vorträgen, die hier gehalten worden, bestehe bei gewissen Mitgliedern des Senats immer noch Zweifel vor der wichtigen Abstimmung. An dem vorliegenden Gesetze wurden schwere Ausstellungen gemacht, ja, man habe behauptet, Artikel 7 verlege die Freiheit, sei ein Attentat gegen die Religion. Indess dieser Artikel beeinträchtige nach An- und Absicht der Regierung keineswegs die Freiheit; die gegen ihn erhobenen Behauptungen seien nicht begründet und die Verfechter derselben seien im Unrecht, wenn sie deshalb Beforgnisse erregten. (Beifall auf der Linken.) Jeder sei so weit im Rechte, als die Gesetzgebung es ihm gestatte. Wenn dieses Gesetz ein Angriff auf die Religion sei, so werde dieselbe nicht mehr zu schützen sein. „Ich bin erstaunt,“ fuhr der Conseilpräsident fort, „daß die wirklichen Freunde der katholischen Religion ihre Sache mit der vergänglichen der Congregationen vermischen. Glauben Sie etwa, daß die großen Parlamentarier, wie Guizot und Thiers, die Religion verlegen wollten, als sie die Jesuiten auswiesen? Sogar der Papst willigte in den Verhandlungen mit Guizot ein, daß die Jesuiten ferner keine Gesellschaft mehr bilden sollten. Durch diesen Vorwurf, daß es auf die Religion abgesehen, wird die öffentliche Meinung irreführt. Man spricht von 20,000 Schülern, die ihres Unterrichts beraubt würden. Welchen Begriff haben Sie denn von den Männern, welche die Gewalt in Händen haben? (Murren auf der Rechten.) Die Regierung wird damit anfangen, daß sie zwischen den älteren und neuen Anstalten einen Unterschied macht; sie wird die letzteren verbieten und die Gründung von anderen verhindern, wenn dieselben nicht im Einklange mit den Bestimmungen des Gesetzes sind. So wird die Regierung den Art. 7 ausführen. (Stimme auf der Rechten: Sie werden nicht immer im Amte sein!) Freycinet: Freilich nicht, aber meine Nachfolger werden wie ich verfahren, denn sie haben kein Interesse, sich überflüssige Schwierigkeiten zu schaffen.

Die Verwerfung dieses Artikels 7,“ schließt der Conseilpräsident seine Darlegung, „wird nicht als eine Niederlage, die Annahme nicht als ein Sieg der republikanischen Partei betrachtet werden, denn jetzt ist dieser Artikel aus den Schranken, in welchen sich die, welche die Republik verteidigen, und die, welche dieselbe schwächen zu können vermeinen, bekämpfen, herausgetreten.“ (Die Linke ruft dem Redner Beifall zu unter allgemeiner Aufregung des Hauses. Wallon, der clericale sogenannte Vater der Verfassung, ruft: „Der Kampf steht zwischen den Freunden und Feinden der Religion!“) Freycinet: Diese Unterbrechung ist durch keines meiner Worte zu rechtfertigen. (Die Linke: Nein, nein!) Wenn ich meinstheils diese Gelegenheit, das Parlament zu beunruhigen, hätte vermeiden können, so würde ich dies mit Vergnügen gethan haben. Aber es gibt Lagen, die dem Manne sich aufzwingen; aber kein Cabinet könnte 24 Stunden vor einer Kammer Stand halten, wenn es den Artikel 7 verworfen hätte. (Murren auf der Rechten.) Ich begreife dieses Staunen nicht. Ein parlamentarisches Cabinet kann sich nicht bilden, wenn es damit anfängt, mit offenem Visir mit einer der beiden Parteien des Parlaments zu brechen. (Eine Stimme auf der Rechten: Sie sind der Anwalt der Lehre der Jacobiner!) Niemand kann die gegenwärtige Lage ändern. Es kommt nicht darauf an, daß wir ein abgelehntes oder angenommenes Gesetz vor uns haben, sondern wir müssen seine Folgen erkennen. Was mich anbetrifft, der ich die Verantwortung für den öffentlichen Frieden und die Interessen des Staates zu tragen habe, so würde ich meine Pflicht zu vernachlässigen glauben, wenn ich Ihnen nicht die Folgen Ihrer Abstimmung vor Augen brächte. (Lang andauernder Beifall auf der Linken, Widerspruch auf der Rechten. Baragnon ruft dazwischen: Wir haben noch Gerichtshöfe! Andere Stimmen rufen: Wir haben noch Richter!) Freycinet (fortfahrend): Wenn das Gesetz verworfen würde, so würde die Regierung nicht mehr in der Lage sein, von der Ausführung noch strengerer Gesetze abzusehen. (Unterbrechungen auf der Rechten, große Bewegung. De Cassigny ruft: Schließen sie den Senat!) Wenn man die staatliche Gewalt innehat, so muß man die Pflicht einer wachsamten Schutzwache ausüben. Ich halte Artikel 7 für eine politische Nothwendigkeit. (Bewegung.) Seine Ablehnung würde schlimme Verwicklungen herbeiführen. (Lang andauernde Unterbrechungen, großer Lärm auf der Rechten.) Ja, wir sind augenblicklich in einer sehr peinlichen politischen Nothwendigkeit. (Eine Stimme ruft: Laßt Ferry abschwimmen! Gelächter auf der Rechten.) Ich behaupte, daß es zur Zeit unmöglich ist, den Artikel 7 zu entbehren, und deshalb beschwöre ich Sie, ihn anzunehmen, sowie auch ich ihn angenommen habe. (Lärm.) Es ist eine Maßregel der Klugheit und des Ausgleichs. (Lebhafter Beifall links, der Minister wird beglückwünscht.)

Dufaure betrachtet den Art. 7 als den Anfang eines Krieges gegen die ganze Geistlichkeit und sucht hierauf zu beweisen, daß das vorliegende Unterrichtsgesetz ein Vergehen gegen die Religion und gegen die Freiheit sei. Er führt aus, daß das Gesetz durchaus reactionär, ungerecht, gewaltsam, unpolitisch sei und verlanget die Unterrichtsfreiheit. Da Redner um eine Ruhepause bittet, wird die Sitzung unterbrochen. Der zweite Theil der Dufaure'schen Rede ist ohne größeres Interesse. Er behauptet, ebenso wie Buffet, daß das Gesetz die Freiheit des Gewissens und des Familienoberhauptes verlege, und daß er keiner politischen Gruppe angehöre. Hierauf hält er eine Lobrede auf die Jesuiten, welche dem Hause ausgezeichnete Officiere geliefert und vortrefflichen Unterricht erteilt hätten. Zum Schluß fordert Dufaure den Senat auf, Artikel 7 zu verwerfen. Freycinet habe von den verderblichen Folgen der Ablehnung gesprochen, er aber (Dufaure) müsse dabei bleiben, daß die Annahme des Artikels 7 noch viel gefährlichere Feinde erwecken werde. Dufaure beschwört den Senat, nicht abermals, wie in der letzten Session, nachzugeben.

Die Rechte beglückwünscht Dufaure zu seiner Rede. Die Abstimmung über Artikel 7 beginnt unter großer Aufregung. Die Tribunen sind überfüllt. Der deutsche Botschafter Fürst Hohenlohe ist anwesend. Viele Mönche und Frauen sind auf den Tribünen. An der Abstimmung theilnahmen sich 277 Senatoren; 129 stimmen für, 148 gegen den Artikel 7. Der Artikel ist also verworfen. Ungeheurer Aufregung. Es gilt für gewiß, daß die Kammer sofort die strenge Ausführung des Gesetzes gegen die Ordensgemeinschaften verlangen und die Regierung dieser Forderung nachkommen wird. Vor dem Senatgebäude hat sich eine große Menschenmenge angesammelt. Einige Rufe erschallen: Nieder mit dem Senat!

Die Auflösung des englischen Parlaments.

In der am 8. d. M. stattgefundenen Sitzung des Oberhauses kündigte Lord Beaconsfield in knappen Worten, im Unterhause der Schatzkanzler in längerer Rede die Auflösung des Parlaments an. Letzterer sagte, vor Erledigung der irischen Bill sei eine Beschlussfassung über die Auflösung nicht möglich gewesen; jetzt sei dies möglich, und es sei Pflicht der

verändert werden. Die Versammlung stimmte diesen Anträgen bei. (Annal. 1849, S. 10, 11.) Auf diese Weise sind die jährlichen 600 fl. Prämien, wahrscheinlich bis zum Jahre 1867, da mir keine weitere Daten darüber bekannt sind, für den gedachten Bau verwendet worden.

1850—60 liegt nichts vor, was auf die Verbesserung der darniederliegenden Viehzucht in Krain Bezug hätte.

1860. Aus den Mittheilungen wird in einem Berichte über den Nothstand in Krain bekannt, daß zur Abhilfe viel und gut gehaltenes Vieh nothwendig sei, und dieses muß sich jeder Landwirt selbst anschaffen, die Gesellschaft könne nur mit Rath hiezu einwirken. (Mittheilungen de 1860, S. 17.)

1860—62 nichts auf die Viehzuchthebung Bezügliches vorfindig.

1863. Die k. k. Landesregierung fordert den Centralausschuß auf, sich über die vorfindigen Mängel und Mißstände der Zuchtstiere in den Gemeinden gutachtlich auszusprechen, und zwar sowohl über die Ursachen als auch, wie diesen Uebeln abzuhefen wäre. Aus den hierüber abgegebenen Gutachten ist hauptsächlich zu entnehmen, daß die schlechte Wiesenkultur, Zerspitterung des Grundes, wenig Futterbau, unverteilt Putweiden, schlechte Wartung des Jungviehes, schlechte Stallungen, mangelnde Kenntnisse richtiger Zuchtgrundsätze überhaupt und Unterlassung einer Zuchtrichtung, dann der geringe Bildungsgrad unserer bäuerlichen Bevölkerung daran Schuld tragen. Mittel zur Verbesserung sind: Schulen, ein Landesgesetz für Gemeinde-

stierhaltung und Prämiiierung für Kalbinnen und Stiere. (Mittheil. 1863, S. 2.)

1864. In der Generalversammlung am 23. November 1863 hebt Peter Feuser in einem längeren Vortrage über die nicht sehr erquicklichen Zustände in Krain besonders hervor: Das Grundübel der krainischen Landwirtschaft ist der Mangel an Intelligenz und Kapital, und diesem Gebrechen abzuhefen, ist Pflicht der Landwirtschaftsgesellschaft, aller krainischen Patrioten und des Staates.

1865—1867 wurde nichts zur Hebung der Viehzucht veranlaßt.

Bis hieher, vom Jahre 1807 bis 1867, somit durch 60 Jahre dauerte die erste Periode der Versuche zur Hebung der krainischen Rindviehzucht, theils durch Prämiiierungen, theils durch Einkauf von jungen Zuchtstieren und schließlich durch das Wirken der Hufbeschlagshülser.

Auffallend ist es, daß in den vorliegenden Berichten von sechszig Jahren nie eine Erwähnung eines Rasse-Namens oder Viehschlages geschieht, welcher prämiert oder angekauft worden ist, sondern nur ganz allgemein von den schönsten oder vorzüglichsten Stieren die Rede ist. Es ist doch notorisch bekannt (wie ich dies auch in meiner Broschüre über die Rindvieh-Rassen Krains vom Jahre 1872 angebe), daß der krainische Großgrundbesitz viel importiertes Original-Vieh hielt, woher heutzutage noch die meisten Kreuzungen stammen, z. B. die Schweizer, Mariahofer und Mürzthaler Kreuzungen.

(Fortsetzung folgt.)

Regierung, bevor die Abgeordneten sich in die Osterferien begeben, Klarheit in die Situation zu bringen. Nach Erwägung, welches die geeignetste Zeit für die Auflösung sein würde, habe sie entschieden, dass eine Auflösung im Frühjahr viel bequemer als eine im Herbst sein würde, insbesondere da eine Herbstauflösung dazu angethan ist, störend in die Ernte-Operationen einzugreifen. Nach Pfingsten würde es zu spät sein, die unerledigt gebliebenen Geschäfte des Jahres wieder aufzunehmen. Nach reiflicher Ueberlegung aller Punkte des Falles sei die Regierung demnach zu dem Entschlusse gelangt, dass es das geeignetste Verfahren sein würde, Ihrer Majestät anzurathen, das Parlament zu Oftern aufzulösen. Die Wirkung davon würde sein, dass das Parlament Anfangs Mai wieder zusammentreten kann; das neue Haus würde wahrscheinlich im Laufe der ersten Woche genannten Monats arbeitsfähig sein und noch volle drei Monate zur Erledigung seiner Aufgaben vor sich haben.

Das telegraphisch signalisierte Schreiben des Lord Beaconsfield an den Vizekönig von Irland, das als Wahlmanifest der Regierung betrachtet werden kann, bespricht im Eingang die irische Agitation. Der Premier setzt auseinander, dass gerade die gegenwärtige Regierung seit sechs Jahren unausgesetzt bemüht gewesen sei, die Mißstände in Irland zu beseitigen und die Noth zu lindern. Er wirft den Homerulers und deren Bundesgenossen in Altengland vor, mit ihrer Agitation die Einheit des Reiches und den festen Verband der Colonien mit demselben zu gefährden, und schließt mit dem Appell: „Die unverzügliche Auflösung des Parlaments wird der Nation eine Gelegenheit bieten, über ein Beginnen zu entscheiden, welches seine zukünftigen Geschicke materiell beeinflussen und demselben feste Form verleihen wird. — Nur selten in diesem Jahrhundert hat es einen kritischeren Moment gegeben. Die Macht Englands und der Friede Europas werden mit von dem Urtheil des Landes abhängen. Ihrer Majestät gegenwärtige Minister waren bislang imstande, jenen Frieden zu erhalten, welcher der Wohlfahrt aller civilisirten Länder und insbesondere den Interessen unseres eigenen so nothwendig ist. Allein dieser unaussprechliche Segen läßt sich nicht durch das passive Princip der Nichttheilnahme erlangen. Der Frieden beruht auf der Gegenwart, um nicht zu sagen in dem Uebergewicht Englands im Rathe Europas. Sogar in diesem Augenblicke hemmt der mit den allgemeinen Wahlen scheinbar unzertrennliche Zweifel ganz sicher seinen Einfluß, wenn er ihn auch nicht verringert, und gehört zu den Hauptgründen, welche gegen eine Verschiebung des Appells an die nationale Stimme sprechen. Möge sie, welches auch immer ihre Folgen für Ihrer Majestät gegenwärtige Minister sein mögen, ein Parlament nach Westminster abordnen, welches der Macht Englands nicht unwerth und entschlossen ist, sie aufrechtzuerhalten.“

Die liberalen Londoner Blätter sprechen sich über das Wahlmanifest Lord Beaconsfields sehr abfällig aus; die „Times“ reserviert. Sie finden, daß das Manifest des Premiers aus gewichtigen Gründen einen sehr wirksamen Appell darstelle; man müsse aber bei einer Wahl bedenken, daß ein neues Parlament nicht bloß eine einzelne Serie actualer Fragen zu prüfen, sondern für eine Reihe von Jahren die gesamten Regierungsgeschäfte des Reiches in maßgebender Weise zu beeinflussen habe. Sache der liberalen Führer sei es, dieser Aufgabe gegenüber ihre Stellung zu präcisieren und zu erklären, ob sie der auswärtigen Politik ihrer Vorgänger treu bleiben. Bisher habe die liberale Partei, in sich zerfahren, kein positives gemeinames Programm gehabt, nur im Bestreben, die Regierung zu stürzen, sei sie einig gewesen. — Das von Lord Partington ausgegebene liberale Wahlprogramm kritisiert die auswärtige Politik der Regierung als eine erfolglose und verspricht Aufrechterhaltung der Einheit und Wahrung der Machtstellung des Reiches, eine Politik des Friedens und Vermeidung zweckloser Annexionen.

Tagesneuigkeiten.

— (Projectierte Kaiser-Josef-Feyer.) Wie man der „N. fr. Pr.“ aus Graz berichtet, wird unter den steirischen Bauern für die Veranstaltung eines allgemeinen österreichischen Bauernfestes agitiert, welches im Herbst 1881 zur Erinnerung an Kaiser Josef und die ihm zu dankende Aufhebung der Leibeigenschaft in Wien abgehalten werden soll. Einem Programmentwurf gemäß soll jede Landgemeinde einen Vertreter nach Wien schicken, woselbst ein festlicher Empfang unter Vortragung einer großen Fahne mit dem Flugbilde stattfinden soll. Ferner soll der Sarg Kaiser Josefs in feierlicher Weise bekränzt, ein Festgottesdienst und eine Festversammlung abgehalten werden.

— (Prüfungen im Generalstabs-Corps.) In den Räumen der Kriegsschule haben diesertage unter Vorsitz des Generalstabs-Chefs der Armee, FML. Freiherrn v. Schönfeld, die Prüfungen von 36 Hauptleuten begonnen, welche die Beförderung zu Stabsofficieren des Generalstabes anstreben. Die überwiegende Zahl dieser Hauptleute gehört begreiflicherweise dem Generalstabs-Corps an; aber auch von der Truppe ist eine Anzahl

von Hauptleuten — absolvierte Kriegsschüler — zu diesen Prüfungen einberufen worden.

— (In Szegedin) geht man mit dem Plane um, allen jenen, welche sich gelegentlich der über diese Stadt hereingebrochenen Katastrophe in humanitärer Hinsicht besonders verdient gemacht haben, auf dem Hauptplatze ein Denkmal aus schwarzem Marmor zu errichten, auf welchem die Namen der betreffenden Corporationen und Einzelnen angegeben werden sollen.

— (Oesterreichischer Möbelexport.) Während noch bis zu Neujahr im österreichischen Möbelexportgeschäft keinerlei Moment zutage getreten ist, das irgend eine Veränderung zum Besseren herbeizuführen geeignet wäre, obwohl sich unsere exportierenden Fabrikanten keine Gelegenheit entgehen lassen, auf die Ausdehnung und Vermehrung der Absatzquellen hinzuwirken, haben sich in der jüngsten Zeit infolge der seit kurzem eingetretenen Besserung der Geschäftsverhältnisse im allgemeinen die Aussichten im Exporte wesentlich günstiger gestaltet. In Frankreich, England und insbesondere in Amerika haben die Möbelpreise eine bedeutende Erhöhung erfahren. Besonders bemerkenswerth erscheint nach einem aus Newyork an ein Wiener Exporthaus eingelangten Briefe, daß daselbst die Preise für Möbel jeglicher Art um 15 bis 30 Procent gestiegen sind und das Geschäft in diesem Artikel sich recht lebhaft zu entwickeln beginne. Die Veranlassung hiezu war auch die seit kurzem eingetretene Steigerung der Preise für Arbeitskraft, Holz, Eisentheile etc. um 15 bis 16 Procent. Oesterreich-Ungarn unterhält bekanntlich seit der Ausstellung in Philadelphia einen ziemlich starken Export in Möbeln nach Amerika, und wie es in dem Briefe weiter heißt, sind gegenwärtig alle Aussichten auf eine bedeutende Zunahme der Möbeleinfuhr aus Oesterreich vorhanden. In allen größeren Städten sind daselbst Möbelgeschäfte etabliert, welche ausschließlich „Austrian Furnitures“ führen. Thatsächlich haben in den letzten Tagen mehrere größere Möbelportgeschäfte Oesterreichs namhafte Bestellungen nicht nur aus Amerika, sondern auch aus Australien, Frankreich, England und anderen Ländern zu günstigen Bedingungen zur Ausführung erhalten.

— (Chopin-Denkmal.) Das Denkmal Friedrich Chopins in der Warschauer Kreuzkirche ist am 5. d. enthüllt worden. Die Büste des Tondichters ist in weißem Marmor von Leonhard Marconi, einem Warschauer Bildhauer, ausgeführt. Die Inschrift lautet in Uebersetzung: „Friedrich Chopin (polnisch „Szopen“) von seinen Landsleuten. Geboren 2. März 1809 in Zelazowa Wola, gestorben in Paris 17. Oktober 1849.“ Die kirchliche Weihe vollzog Canonicus Jabulowski. Unter dem Denkmale ist das Herz Chopins eingemauert, worauf sich die weitere dem Evangelium Matthäi entnommene Inschrift bezieht: „Wo dein Schatz ist, da ist auch dein Herz.“

— (Kesselerxplosion.) In Glasgow hat in der Nacht vom 5. auf den 6. März in den dortigen Eisenwerken eine furchterliche Kesselerxplosion stattgefunden, durch welche zwölf Menschen sofort getödtet und zwischen vierzig und fünfzig schwer verwundet wurden. Der Kessel wurde durch das Dach geschleudert und fiel dann auf die Arbeiter zurück. Die Gewalt der Explosion war so stark, daß einer der Dampfhammer von seiner massiven Unterlage emporgehoben und vollständig umgeworfen wurde, wobei er einen der Arbeiter unter sich begrub. Man hörte den Lärm der Explosion auf eine volle englische Meile Entfernung in nordöstlicher Richtung. Viele Fenster wurden ausgerissen und allerlei Gerächte verbreiteten sich eine Zeitlang in der ganzen Umgebung. Die Ursache der Explosion ist nicht bekannt.

— (Hunde-Ausstellung in Berlin.) Der unter dem Protectorate des Prinzen Carl von Preußen stehende Verein „Sector“ für Zucht und Schaustellung von Rassehunden zu Berlin veranstaltet daselbst in der Zeit vom 21. bis 25. Mai 1880 eine internationale Ausstellung von Hunden aller Rassen. Mit derselben ist eine Verlosung von Silbergegenständen, Hunden, Jagdgeräthen etc. verbunden. Es werden 100,000 Lose zu 1 Mark ausgegeben. Die Ausstellung wird zwei Abtheilungen umfassen, nämlich Hunde, welche zur Jagd verwendet werden, und solche, bei denen dies nicht der Fall ist. Eine große Anzahl von Ehrenpreisen, goldene und silberne Medaillen etc., wird zur Vertheilung gelangen. Als Anmeldungs-Endtermin wurde der 15. April l. J. festgesetzt. Anmeldungen sind zu richten an den Ausstellungsdirigenten A. Madetzki, Berlin, Alte Jakobstraße Nr. 86.

Locales.

— (Aus dem ärztlichen Vereine.) Die am 26. v. M. abgehaltene Sitzung des Vereins der Aerzte in Krain wurde vom Obmann Dr. Schiffer mit der Mittheilung eröffnet, daß die krainische Sparkasse 200 fl. und die krainische Escomptebank 25 fl. der Börsner-Stiftung des Vereins gespendet haben, wofür die Versammlung den genannten Instituten durch Aufstehen von den Sigen den wärmsten Dank votierte. Hierauf referierte Dr. Schiffer nach Constatierung der Beschlussfähigkeit der Versammlung, nämlich der Gegenwart von 12 Mitgliedern, über die Verleihung der Börsner-Stiftung pro 1880, und wurde sein Antrag, die Interessen derselben per 84 fl. in Beträgen von

45, 25 und 14 fl. an drei Parteien zu vertheilen, angenommen. Ueber Antrag des Schriftführers Dr. Valenta wurde die Vereinsleitung beauftragt, eine auf 500 fl. lautende, vinculierte Staatsrenten-Obligation zur Vermehrung des Stiftungskapitals bei der hiesigen k. l. Landesregierung zu deponieren und den Barrest in der Sparkasse zu belassen, worauf zu den wissenschaftlichen Vorträgen geschritten wurde. — Sanitätsrath Dr. Reesbacher sprach zunächst über einen Fall von Leberabscess, der, das Zwerchfell und Rippenfell, sowie die Lungenpleura durchbohrend, sich in die Bronchien entleerte, so daß der Eiter durch die Lunge ausgeworfen wurde und schließlich zur Heilung führte. Er knüpfte hieran eine Reflexion über die Schwierigkeiten, eine richtige Prognose zu stellen gegenüber von jenen Eventualitäten im Verlaufe einer Krankheit, die man in den Lehrbüchern als mögliche Ausgänge dieser Krankheit bezeichnet, indem der Arzt sich bei seiner Prognose von der Wahrscheinlichkeit und nicht von der Möglichkeit der Ausgänge leiten lassen müsse, trotzdem auch solche letztere Ausgänge ihm in seiner Praxis begegnen. Diese Reflexion führte ihn zur Besprechung des auch in prognostischer Beziehung äußerst lehrreichen Falles der Entleerung eines bei allgemeiner Septicämie secundär aufgetretenen Mediasticalabscesses in die Lunge, eines Falles, den Redner mit Professor Dr. Valenta zugleich zu beobachten Gelegenheit hatte und über den nun Professor Valenta seinerseits ein interessantes Exposé über Verlauf, Diagnose und Prognose gab.

Zum Schluß nahm Dr. Reesbacher nochmals das Wort, um an die Versammlung die Anfrage zu stellen, ob sie der Intention des Redners zustimmen gedente, die Wahl eines Abfuhrsystems der Mehrung für die Stadt Laibach zum Gegenstande einer Discussion in der nächsten Monatsitzung des Vereines zu machen, da Redner von der Ansicht geleitet sei, daß es für die Gemeinde nur vom Vortheil sein könne, wenn diese wichtige Gesundheitsfrage vor einem so competenten Collegium zur Verhandlung gelange, und daß von Seite des Vereines diesbezüglich gefasste Beschlüsse auf die Entschliessungen der Gemeinde gewiss von großem Gewicht und von entscheidendem Einflusse sein werden. Die Versammlung nahm diesen Antrag mit lebhafter Zustimmung auf.

— (Gastspiel.) Nächstertage — angeblich am Montag, den 15. d. M., — wird die Opernsängerin Fräulein Josefine Pollak aus Triest, eine Schülerin der renommierten Gesangslehrerin Frau Marchesi in Wien, auf unserer Bühne auftreten. Da die Einstudierung einer eigenen Opernvorstellung zu diesem Behufe nicht gut durchführbar ist, wird Fräulein Pollak allein mit Clavierbegleitung singen, und zwar ein Recitativ und eine Romanze aus der Oper „Die Gräfin von Amalfi“ von Petrella und eine Cavatine aus der Oper „Semiramis“ von Rossini.

— (Brand in Birkniz.) Die Ortschaft Birkniz in Innerkrain wurde kürzlich von einem größeren Brandunglücke betroffen. Das Feuer entstand am 7. d. M. gegen 8 Uhr abends aus unbekannter Veranlassung im Hause des Grundbesizers Johann Ule und nahm bald größere Dimensionen an, so daß im ganzen 16 Wohn- und Wirtschaftsobjecte nebst Vorräthen ganz oder theilweise eingeäschert wurden. Durch den Brand wurden nachstehende Ortsbewohner im neben angegebenen Betrage geschädigt: Johann Ule mit 345 fl., Franz Drenik mit 600 fl., J. Zelack mit 800 fl., Franz Prudic mit 500 fl., Jakob Semic mit 520 fl., Bartholomäus Trebar und der Inwohner Andreas Weber mit zusammen 710 fl. Der Gesamtschade beläuft sich somit auf 3475 Gulden. Die niedergebrannten Objecte waren durchwegs mit Stroh gedeckt. Sämmtliche Beschädigte, mit Ausnahme des Franz Prudic und Andreas Weber, waren feuerversichert. Menschenleben gieng keines verloren, der Viehstand wurde bis auf 3 Stück gerettet. Am Brandplatze waren zwei der Ortsgemeinde Birkniz gehörige Feuerspriizen thätig; nach angestrebter Arbeit gelang es um 3 Uhr morgens den Brand zu bewältigen.

— (Gemeindevahl.) Bei der kürzlich stattgehabten Neuwahl des Gemeindevorstandes der Ortsgemeinde Podgier im Bezirke Stein wurden der Grundbesitzer Andreas Pablic zum Gemeindevorsteher und die Grundbesitzer Michael Svetlin und Johann Music zu Gemeinderäthen gewählt; sämmtliche Gewählte sind aus Podgier.

— (Aus Klagenfurt.) Der Männergesangsverein in Klagenfurt, vereint mit der freiwilligen Feuerwehr und dem Gesangsvereine „Eintracht“, veranstaltet heute abends zur Feier der Verlobung des durchlauchtigsten Kronprinzen Erzherzog Rudolf einen solennen Fackelzug mit Serenade vor der Wohnung des Statthalters.

— (Zur Etymologie des Wortes „Eiden“) kommt uns aus Laibach folgende Aufschrift zu: „Herr Redacteur! Im Feuilleton der „Laibacher Zeitung“ vom 10. d. M. „Die Nummen in Istrien und Krain“ leitet der Herr Verfasser den Namen der Eiden von coti (Sandalen) ab. Doch die Herkunft dieses Namens ist noch nicht festgestellt. Erlauben Sie mir daher folgende zwei Variationen inbetreff der Bildung des Namens „Eide“ dem erwähnten Artikel anzuschließen. Bei beiden Auffassungen muß man jedenfalls die um-

wohnenden Slaven als die Namensgeber betrachten. Einige wollen in den vielen Silben „Ci“, welche die Sprache der Ciden besitzt, die Veranlassung zur Bildung des erwähnten Namens finden. Andere — diese Ansicht wird im Cidenboden selbst als die richtige angegeben — lassen den strittigen Namen von Ciccia stammen. Die Ciden reden sich nämlich, auch wenn sie sich nicht kennen, mit diesem Worte an, welches Cousin bedeutet. Dieses Ansprechen mit einem verwandtschaftlichen Familiennamen finden wir in verschiedenen Gegenden. So wird bekannterweise in Kroazien mit brate (Bruder), in Ungarn mit becsi (Onkel), in Andalusien mit tio (Onkel) und tia (Tante) und zum Theile selbst in Deutschland mit „Herr Vetter“ vielfach Mißbrauch getrieben. In unserem Falle nun ward die Anredeformel möglicherweise zum Volksnamen.“

— (Literarisches.) Das von uns bereits erwähnte, reich illustrierte Lieferungswerk „Die Donau von ihrem Ursprung bis an die Mündung. Eine Schilderung von Land und Leuten des Donaugebietes von Alexander F. Hefsch“ schreitet rüstig vorwärts und ist bereits bis zur 18. Lieferung gediehen. In dem 13ten Hefte finden wir die Beschreibung der Schlachten von Aspern und von Eplingen und das Gedicht A. Grün's „Aspern“; dann bei Petronell, Deutsch-Altenburg und Hainburg die Geschichte des römischen Municipiums Carnuntum auf Grundlage der neuesten Forschungen und archäologischen Funde, ebenso sind bei Hainburg die auf diesen Ort Bezug habenden Theile der Attila-Sage und des Nibelungenliedes in den Text verwoben. Die Hefte 14—18 enthalten die Beschreibung von Pressburg bis Budapest und lassen erkennen, daß der auf Ungarn bezügliche Theil des Werkes mit genauer Kenntnis von Land und Leuten geschrieben ist. Der Verfasser schildert die Menschen und Verhältnisse dieses noch immer viel zu wenig bekannten Landes so wie sie sind — weder mit phantastischer Ausschmückung, noch mit Beschönigung, aber auch nicht mit Vorurtheil, und gibt uns so in ethnographischer und geschichtlicher Hinsicht ein treues Bild. Von historischem Interesse ist es, daß bei der Beschreibung des Krönungsdomes von Pressburg alle auf die in demselben stattgefundenen Coronationen Bezug habenden Krönungsmünzen in sorgfältigen Schnitten wiedergegeben sind. Sportfreunde werden über den Engerauer Turf und den Training-Club von Droßbár interessante Details finden; jene Leser, welche sich über ungarische Oekonomie und den Begriff der Pustenwirtschaften informieren wollen, finden das Wissenswerte darüber in diesem Theile des Werkes. Ein für sich allein schon lehrreicher Abschnitt ist jener über Biograd mit der Schilderung des Hofes der Könige aus dem Hause Anjou, Sigismunds und Mathias Corvinus und der Erzählung der Schicksale der unglücklichen Clara Bäch. An Volksbildern sind den gedachten Lieferungen beigegeben die Ansichten von: Marchmündung (mit den Ruinen von Theben), Pressburg, Gran (mit der Basilika), Biograd, Budapest (aus der Vogelperspektive), Belgrad; ferner sind mehrere Sectionen der Stromkarte beigegeben.

Neueste Post.

Original-Telegramme der „Laib. Zeitung.“

Wien, 12. März. Das Abgeordnetenhaus beschloß mit großer Majorität, in die Specialdebatte des Gesetzesentwurfes über die Arlbergbahn einzugehen.

Das Herrenhaus nahm in zweiter und dritter Lesung die Grundsteuernovelle und das Gesetz betreffs Steuerfreiheit bei Neubauten an.

London, 12. März. Bourke erklärte im Unterhause, die griechisch-türkische Grenzcommission werde aus Vertretern der vermittelnden Mächte bestehen; es sei nicht beabsichtigt, die Türkei unter Ausschluß Griechenlands zuzulassen.

Shanghai, 11. März. Es geht das Gerücht, der Abgesandte Chungow, welcher den Vertrag mit Ruß-

land betreffs Kuldschas abschloß, sei enthauptet worden, in Peking eine Revolte ausgebrochen.

Wien, 11. März. Im Budgetausschusse des Abgeordnetenhauses wurde das Gesetz über die Steuerforterhebung zur Bestreitung des Staatsaufwandes für April und Mai 1880 beraten. Der Finanzminister erklärte, die Regierung habe auf keine ihrer Steuerentwürfe, mit Ausnahme der Ergänzungssteuer, verzichtet. Die Steuerreform müsse fortgesetzt werden. Die Regierung beabsichtigt, ein Gesetz über Regulierung der Gebäudesteuer einzubringen. Ein entscheidender Punkt sei jedoch die Reform der Einkommensteuer, was zur Reform des Erwerbsteuergesetzes und zum Einbringen eines Rentensteuer- und besonderen Actiensteuergesetzes führt. Die Regierung beabsichtigt ein neues allgemeines Einkommensteuergesetz im Beginne des nächsten Herbstes einzubringen. Die indirecten Steuern seien einer Reform bedürftig; die Arbeiten darüber seien im Zuge, schreiten aber langsam vor. Es sei kaum zu erwarten, daß die Durchführung der neuen Vorlagen im Laufe des Jahres möglich wäre. Die Steuerreform beabsichtigt nicht eine Steuererhöhung, sondern eine gerechtere Vertheilung der Steuern. Das Deficit für 1880 und das zu erwartende Deficit für 1881 kann jedoch nicht ohne die Mitwirkung der kleinen Steuervorlagen seine Bedeckung erlangen. Hoffentlich wird ein namhafter Theil der Steuervorlagen votiert werden. Für der Bau der Arlbergbahn wird die Regierung vielleicht billiges Geld bekommen, nach Umständen aber zu einer schwebenden Schuld greifen. Der Finanzminister weist darauf hin, die Thronrede habe nie negiert, daß für außerordentliche Bedürfnisse des Jahres 1880 durch Creditoperationen vorgesorgt werden müsse.

Innsbruck, 11. März. (Presse.) Heute brachte die Bürgerschaft Innsbrucks dem scheidenden Fürstbischof Leis einen glänzenden Fackelzug dar.

Prag, 12. März. (N. fr. Pr.) Die „Narodni Bisty“ melden: Im czechischen Abgeordnetenclub erklärten sämtliche Jungcechen, daß sie gegen die Herabsetzung der Schulpflichtdauer stimmen werden.

Lemberg, 11. März. (N. fr. Pr.) Der „Gazeta Narodowa“ zufolge bemüht sich die Minorität des Polencclubs (mit Hausner an der Spitze) neuerdings, den Bruch der Polen mit den Föderalisten und eine Verständigung mit der Verfassungspartei herbeizuführen.

Lemberg, 11. März. (Presse.) Der Gemeinderath hat beim zweiten Wahlgange den Präsidenten der hiesigen Advocatenkammer, Dr. Michael Gnoinski, mit 52 Stimmen zum Bürgermeister gewählt. Red.-Dr. Josef Millert blieb mit 41 Stimmen in der Minorität. Zum Vicebürgermeister wurde Hausbesitzer Wenzel Dombrowski gewählt.

Brüssel, 11. März. (N. fr. Pr.) Die projectierte Revue zu Ehren des Kronprinzen Rudolf findet wahrscheinlich in größerem Maßstabe nächsten Donnerstag statt. Heute abends findet auf königlichen Befehl eine Galavorstellung im Circus statt.

Paris, 11. März. Der Ministerrath versammelte sich heute morgens bei Freycinet, um die Lage zu prüfen. Man bestätigt, daß die Linke der Kammer vor der zweiten Lesung im Senate des Gesetzes über den höheren Unterricht keine Interpellation stellen werde. Die Deputiertenkammer genehmigte die juridische Convention, welche zwischen Frankreich und Oesterreich abgeschlossen wurde, ebenso den Zoll auf Pferde, und zwar mit 30 Francs auf gewöhnliche Pferde, mit 18 Francs auf Hengste, ferner den Zoll mit 6 Francs auf Rinder.

London, 11. März. Das Unterhaus genehmigte den Nachtragsschuld mit 1,225,000 Pfd. St. für den Zuluftkrieg. Northcote legt die Budgets vor. Das Deficit für das laufende Jahr beträgt 3,340,000 Pfd. St. Die Voranschläge für das kommende Jahr beziffern die Ausgaben mit 81,486,000, die Einnahmen mit 81,564,000 Pfd. St.; es resultiert mithin ein Ueber-

schuß mit 74,000 Pfd. St. Es sind noch 700,000 Pfd. St. wegen Aenderung der Erbsteuer zuzuschlagen, so daß der Voranschlag mit einem Ueberschuß von 774,000 Pfd. St. schließt.

Petersburg, 12. März. Der Polizeichef Drenten wurde auf eigenes Verlangen von seinem Posten enthoben und zum Reichsrathsmitgliede ernannt.

Constantinopel, 11. März. (Pol. Corr.) Der jüngst von montenegrinischer Seite wegen der Grenzregulierung gemachte Vorschlag bezweckt unter anderem eine Vergrößerung des Fürstenthums um einen Gebietsstrich, der, ohne das Adriatische Meer zu berühren, bis zur Insel Mat im Stutarisee reicht und das ganze Thal von Podgoriza sammt der diesen Ort dominirenden Anhöhe Hum umfaßt. In türkischen Regierungskreisen gibt man, trotz der momentan obschwebenden Zerwürfnisse, die Hoffnung nicht auf, daß es doch gelingen werde, eine Verständigung mit Montenegro zu erzielen.

(Druckfehler-Berichtigung.) In das vom Budgetausschusse des Abgeordnetenhauses in der vorgestrigen Sitzung nach dreimaligem Wahlgange gewählte dreigliedrige Comité wurden nicht, wie es infolge eines Druckfehlers im gestrigen Originaltelegramme unseres Blattes zu lesen stand, die Abgeordneten Klun, Dunajewski und Hohenwart, sondern (Graf) Clam, Dunajewski und Hohenwart gewählt.

Telegraphischer Wechselkurs

vom 12. März.

Papier-Rente 71.30. — Silber-Rente 71.95. — Gold-Rente 86.20. — 1860er Staats-Anlehen 128.50. — Bankactien 835. — Creditactien 299.50. — London 118.80. — Silber — — R. f. Münz-Ducaten 5.58. — 20-Franken-Stücke 9.45. — 100-Reichsmark 58.35.

Wien, 12. März, 2 1/2 Uhr nachmittags. (Schlusscourse.) Creditactien 299.60, 1860er Lose 128.40, 1864er Lose 128.50, österreichische Rente in Papier 71.32, Staatsbahn 273.50, Nordbahn 238.75, 20-Frankenstücke 9.47, türkische Lose 17.00, ungarische Creditactien 282.50, Lombardactien 633.00, österreichische Anglobank 152.90, Lombarden 86.30, Unionbank 113.50, Communalanlehen 120.00, Garbische —, Goldrente 83.30, ungarische Goldrente 101.77. Günstig.

Angekommene Fremde.

Am 11. März.

Hotel Stadt Wien. Knaus, Handelsm., Friesach. — Jantl, Fabrikant, Graz. — Hambrusch, Gasthofbesitzer, St. Veit. — Kreillesheim, Kaufm., Wien. — Dregel, Buchhändler, sammt Frau, Gili. — Reimann, Trieste. Hotel Elephant. Peifert, Reisender; Suppanitz, Privatier, und Ballaja, Wien. — Nowak, k. k. Militärverpflegsbeamter, Livo. — Dr. Wein, Regimentsarzt, und Caprez, Kaufm., Graz. — Krämer, Kaufm., Jochenhausen. — Roß, Gastwirt, Gili. — Grilz, Trieste. — Fleischmann, Kaufm., Siofok. Kaiser von Oesterreich. Sterbenc, Kaufm., Eisen. — Majali, Wachtmeister, Stoderau. Mohren. Blazie Julie mit Tochter, Radmannsdorf. — Müller, Ziegeleimeister, Laibach. — Schlicher, Privat, Bettau.

Verstorbene.

Den 11. März. Agatha Nowak, Tischlergehilfensgattin, 30 J., Brunnengasse Nr. 3, Lungentuberculose. Den 12. März. Franz Widmar, Tagelöhner und Landwehrscheffe, 30 J., Karolinengrund Nr. 11, Tuberculose.

Theater.

Heute zum erstenmale: Pappas Frau (la femme à Papa). Posse in 4 Acten von Hennequin und Millaud.

Lottoziehung vom 10. März:

Prag: 60 62 17 63 21.

Meteorologische Beobachtungen in Laibach.

Zeit	Barometerstand in Millimetern auf 0° C. reducirt	Lufttemperatur nach Celsius	Wind	Anhalt des Himmels	Niederschlag in Millimetern
7 U. Mg.	746.93	+ 4.4	D. schwach	bewölkt	0.00
12 „ N.	745.57	+ 7.8	D. schwach	heiter	
9 „ Ab.	748.38	+ 1.5	D. schwach	heiter	

Vormittags bewölkt, nachmittags Aufheiterung, windig. Das Tagesmittel der Wärme + 4.6°, um 1.8° über dem Normal.

Verantwortlicher Redacteur: Ottomar Bamberg.

Börsebericht.

Wien, 12. März. (1 Uhr.) Günstige Bilanzgerüchte, betreffend den Wiener Bankverein, schnellten den Kurs der Actien dieses Institutes empor und wirkten günstig auf die Gesamttenenz, doch blieb der Verkehr beschränkt.

	Geld	Ware
Papierrente	71.25	71.35
Silberrente	71.90	72.00
Goldrente	86.20	86.30
Lose, 1854	122.00	122.50
„ 1860	128.25	128.50
„ 1860 (zu 100 fl.)	129.50	129.75
„ 1864	172.00	172.50
Ang. Prämien-Anl.	112.75	113.25
Credit-A.	180.00	180.50
Rudolfs-A.	18.50	18.75
Prämienanl. der Stadt Wien	120.00	120.25
Donau-Regulierungs-Lose	111.50	112.00
Domänen-Pfandbriefe	146.50	147.00
Oesterr. Schatzscheine 1881 rückzahlbar	101.00	101.50
Oesterr. Schatzscheine 1882 rückzahlbar	102.00	102.50
Ungarische Goldrente	101.65	101.75
Ungarische Eisenbahn-Anleihe	119.00	119.50
Ungarische Eisenbahn-Anleihe, Cumulativstüde	118.75	119.25
Ungarische Schatzanw. vom J. 1874	—	—
Anlehen der Stadtgemeinde Wien in B. B.	101.75	102.00

	Geld	Ware
Grundentlastungs-Obligationen.		
Böhmen	103.00	104.00
Niederösterreich	104.50	105.00
Gallizien	97.60	98.00
Siebenbürgen	83.00	83.75
Temeser Banat	88.00	88.75
Ungarn	88.50	89.50
Actien von Banken.		
Anglo-Oesterr. Bank	162.50	162.75
Creditanstalt	298.75	299.00
Depositenbank	—	—
Creditanstalt, ungar.	282.25	282.50
Oesterreichisch-ungarische Bank	834.00	835.00
Unionbank	112.50	112.75
Verkehrsbank	138.00	138.50
Wiener Bankverein	148.00	148.50
Actien von Transport-Unternehmungen.		
Alsb-Bahn	148.50	149.00
Donau-Dampfschiff-Gesellschaft	613.00	614.00
Elisabeth-Weißbahn	186.75	187.00

	Geld	Ware
Ferdinands-Nordbahn	238.50	239.00
Franz-Joseph-Bahn	165.75	166.00
Galizische Carl-Ludwig-Bahn	258.00	258.25
Kaischau-Oderberger Bahn	124.00	124.50
Lemberg-Gzernowitzer Bahn	157.50	158.00
Lloyd-Gesellschaft	631.00	632.00
Oesterr. Nordwestbahn	168.00	168.50
Rudolfs-Bahn	153.75	154.00
Staatsbahn	273.00	273.50
Südbahn	83.30	83.50
Theiß-Bahn	235.75	236.00
Ungar.-galiz. Verbindungsbahn	139.25	139.75
Ungarische Nordostbahn	141.25	141.75
Wiener Tramway-Gesellschaft	238.75	239.00
Pfandbriefe.		
Allg.öst. Bodencreditanl. (i. Öb.)	118.50	119.00
(i. B. B.)	101.00	101.25
Oesterreichisch-ungarische Bank	102.50	102.70
Ung. Bodencredit-Anst. (B. B.)	101.50	102.00
Prioritäts-Obligationen.		
Elisabeth-B. 1. Em.	98.25	98.50
Ferd.-Nordb. in Silber	106.50	107.00
Franz-Joseph-Bahn	98.50	98.75

	Geld	Ware
Gal. Carl-Ludwig-B., 1. Em.	105.75	106.00
Oesterr. Nordwest-Bahn	99.50	99.75
Siebenbürger Bahn	80.75	81.00
Staatsbahn 1. Em.	175.00	175.50
Südbahn à 3%	122.70	123.00
„ „ 5%	108.50	108.75
Devisen.		
Auf deutsche Plätze	57.75	57.90
London, kurze Sicht	118.75	118.85
London, lange Sicht	118.75	118.85
Paris	47.05	47.10
Geldsorten.		
Ducaten	5 fl. 57	fr. 5 fl. 58
Napoleonsb'or	9 „ 47	„ 9 „ 48
Deutsche Reichs-	58 „ 30	58 „ 40
Noten	—	—
Silbergulden	—	—
Krainische Grundentlastungs-Obligationen:		
Geld 97.00	Ware	
Credit 298.75 bis 299.00	Anglo 162.50 bis 163.00	

Nachtrag: Um 1 Uhr 15 Minuten notieren: Papierrente 71.25 bis 71.35. Silberrente 71.95 bis 72.05. Goldrente 86.25 bis 86.35. London 118.75 bis 119.00. Napoleons 9.46 1/2 bis 9.47 1/2. Silber — bis —.